

Überregionaler Pressespiegel 03.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 03.01.2012 | 10:32 Uhr

Ministerpräsident Tillich ruft Menschen zum Protest gegen Dresdner Neonazi-Aufmärsche auf

Dresden. Der sächsische Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hat Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar aufgerufen. „Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt“, sagte er am Dienstag. Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein Zeichen zu setzen. „Es ist unser oberstes Interesse, dass die Proteste friedlich bleiben.“ Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden. Der Jahrestag der Zerstörung Dresden am 13./14. Februar 1945 wird von Rechtsextremisten seit Jahren für politische Propaganda in eigener Sache missbraucht. Für diesen Februar wurden Aufzüge am 13. und 18. Februar angemeldet. Allerdings soll es in diesem Jahr am 18. Februar auch erstmals eine große Gegenkundgebung der demokratischen Parteien und Initiativen geben, was in den vergangenen Jahren stets gescheitert war. Streitpunkt sind auch in diesem Jahr die geplanten Blockaden des Bündnisses Dresden-Nazifrei, das bereits angekündigt, auch 2012 die Neonazis am Marschieren hindern zu wollen. Am 19. Februar 2011 war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, bei denen nach Polizeiangaben auch mehr als 100 Beamte verletzt worden waren. Rechts- und Linksextremisten gingen brutal auf Beamte los. Allerdings gab es auch heftige Kritik, zum Beispiel weil es der Polizei nicht gelang, einen Angriff von mehr als 100 Neonazis auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden-Löbtau zu verhindern. Durch die großflächige Überwachung von Handy-Daten sowie Prozesse gegen Blockierer sorgen die Vorfälle noch immer für juristische Aufregung.

Allerdings protestierten auch mehrere tausend Menschen friedlich. Wie schon 2010 konnten die Neonazis nicht durch die Stadt marschieren, weil zahlreiche Gegendemonstranten die Straßen blockierten.

Tillich erinnerte daran, dass die Rechtsextremen den 13. Februar schon seit den 90er Jahren für ihre Zwecke in Anspruch nehmen. „Die Bürgerschaft war nicht entschlossen genug, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen. Jetzt stehen wir in der Pflicht, das zu tun - aber nur mit friedlichen Mitteln“, sagte der 52 Jahre alte Politiker. Die Bürger dürften Rechtsextremismus in keiner Weise tolerieren. Die massenhafte Teilnahme könne dazu beitragen, den Wunsch der Neonazis nach weiteren Demonstrationen in Dresden verschwinden zu lassen. (dpa / sl)

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/ministerpraesident-tillich-ruft-menschen-zum-protest-gegen-dresdner-neonazi-aufmaersche-auf/r-mitteldeutschland-a-119752.html>

Frankfurter Rundschau | 03.01.2012

Jeder kann überwacht werden

Jeder sollte sich für den Umgang der Behörden mit stillen SMS, Staatstrojanern oder Echtzeit-Überwachungs-Software interessieren, weil jeder auch ohne Anlass Objekt der Überwachung werden kann.

Digitale Technik bestimmt unser Leben in immer größerem Ausmaß, die Möglichkeiten der Überwachung wachsen schneller als es den meisten Nutzern bewusst ist.

Wahrgenommen werden meist nur die vielen Vorzüge der digitalen Kommunikation: überall erreichbar zu sein, vom Handy aus jederzeit Musik und Textnachrichten versenden und empfangen zu können. Wer sich mobil allezeit erreichbar macht, hofft auf Chancen und neue Möglichkeiten der Kommunikation.

Dass das kleine Telefon in der Tasche von Dritten jederzeit zur Ortungswanze umfunktioniert werden kann und jährlich hunderttausendfach so benutzt wird, ist den wenigsten klar. Im vergangenen Jahr hat sich bei einer Demonstration in Dresden sogar gezeigt, dass man gar nichts verbochen haben muss, um ins Überwachungsrastrer der Behörden zu geraten. Man musste nicht einmal Demonstrationsteilnehmer sein – es reichte, sich im Radius einer überwachten Funkzelle aufzuhalten.

Solche rechtsstaatlich äußerst zweifelhaften Exzesse bei der Überwachung machen deutlich, dass wir dringend mehr demokratische Kontrolle von digitaler Spionage-Technik benötigen. Jeder sollte sich für den Umgang der Behörden mit stillen SMS, Staatstrojanern oder Echtzeit-Überwachungs-Software interessieren, weil jeder auch ohne Anlass Objekt der Überwachung werden kann.

<http://www.fr-online.de/meinung/kommentar-jeder-kann-ueberwacht-werden,1472602,11380852.html>

Frankfurter Rundschau | 03.01.2012

Behörden peilen Handys tausend Mal am Tag

Polizei, Zoll und Verfassungsschutz nutzen in bislang unbekanntem Ausmaß ein Ortungsverfahren per stiller SMS - damit kann jeder Handy-Nutzer aufgespürt werden, ohne dass er etwas davon mitbekommt. Datenschützer sind entsetzt.

Deutsche Behörden haben in bislang unbekanntem Ausmaß sogenannte stille Überwachungs-SMS auf Mobiltelefone verschickt. Im Jahr 2010 nutzten die Zollfahndungsbehörden diese Methode rund 237 000 Mal, das Bundesamt für Verfassungsschutz 108.000 Mal und das Bundeskriminalamt (BKA) 96.000 Mal.

Mit diesen „stillen“ SMS können etwa Polizei, Zoll und Verfassungsschutz herausfinden, über welche Funkzelle ein Mobiltelefon gerade sendet und damit den Handynutzer jederzeit lokalisieren. Die „stillen“ SMS der Überwacher erzwingen dann vom jeweiligen Mobiltelefon einen unmerklichen Kommunikationsvorgang mit der nächstgelegenen Funkzelle. Danach können die Behörden die Telekommunikationsanbieter zur Herausgabe der Standortdaten veranlassen. Die Polizei nutzt „stille“ SMS regelmäßig, um Verdächtige über die Ortung von deren Handynummer aufzuspüren und festzunehmen. Beim Verfassungsschutz werden mit dieser Technik auch Bewegungsbilder von Personen

erstellt und Observationen unterstützt. Auch bei Demonstrationen wie etwa im Februar 2011 in Dresden wurden in großem Stil Funkzellendaten ausgewertet.

Experten: „Ortungswanze“

Fachleute des Chaos Computer Clubs (CCC) bezeichnen das Handy deshalb schon länger als „Ortungswanze“. Wie erfolgreich die Ortung verläuft, hängt vom Umkreis der jeweiligen Funkzelle ab. Deren Radius beträgt je nach Technik, Landschaft und Bevölkerungsdichte etwa hundert Meter bis einige Kilometer.

Wie jetzt durch eine Anfrage der Linken im Bundestag herauskam, wird diese bislang kaum bekannte Technik allein bei Bundesbehörden hunderttausendfach pro Jahr eingesetzt. „Besonders der rasante Anstieg dieser Maßnahmen durch Kriminalbehörden des Finanzministeriums, etwa bei den Zollkriminalämtern, ist bedenklich“, sagt der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko. „Der Zweck von Mobiltelefonen ist die Kommunikation, nicht deren Überwachung“, so der Abgeordnete. „Ich fordere deshalb die strikte demokratische Kontrolle der Herstellung, Nutzung und des Exports dieser Technologie.“ Die von den Bundesbehörden vorgelegten Zahlen bilden nur einen Teil der stillen Ortungen ab.

Hinzu kommen die Überwachungen auf Landesebene. So wurden allein 2010 nach Angaben des nordrheinwestfälischen Innenministeriums 2644 Anschlussinhaber in NRW mit 255.784 stillen „Ortungsimpulsen“ beschickt, um ihren Aufenthaltsort bestimmen zu können. Grundlage dafür waren 778 Ermittlungsverfahren.

Tausendfache Ausforschung

„Die hunderttausendfache Ausforschung durch sogenannte stille SMS fügt den Datenschutzskandalen eine neue Dimension hinzu“, kritisiert die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der Linkspartei, Anna Conrads.

Mit dem Problem der Überwachungs-SMS werde endgültig klar, so Conrads, „dass die polizeiliche und geheimdienstliche Nutzung der digitalen Spionagewerkzeuge einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung bedarf“.

<http://www.fr-online.de/politik/handy-ueberwachung-behoerden-peilen-handys-tausend-mal-am-tag,1472596,11380528.html>
